

	Antrags-Nr.	
	0602-AT/2021	

Antrag

Frau Gisela Rexrodt
Vorsitzende der FDP-Stadtratsfraktion

Frau Karin May
Vorsitzende der DIE LINKE-Stadtratsfraktion

Betreff
Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der FDP- und DIE LINKE-Stadtratsfraktion - Vorlage des Jahresabschlusses 2020 der gkAÖR Wartburgmobil – Anpassung der Tarife

Beratungsfolge	Sitzung	Sitzungstermin	
Stadtrat der Stadt Eisenach	Ö	04.05.2021	

I. Beschlussvorschlag

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

- 1. Die Oberbürgermeisterin übersendet den Mitgliedern des Stadtrates in der Woche vom 25.05. bis 28.05.2021, spätestens in der Folgeweche (vom 31.05. bis 04.06.2021) die Jahresrechnung 2020 der gkAÖR Wartburgmobil.**
- 2. Die Oberbürgermeisterin nimmt in die Tagesordnung der Stadtratssitzung vom 16.06.2021 den TOP „Tarifanpassung“ auf**

II. Begründung

In der Sitzung vom 16.02.2021 wurde die Beschlussvorlage der Oberbürgermeisterin TOP 9 „Verkehrsunternehmen Wartburgmobil gkAÖR (VUW); hier: Tariferhöhung zum 01.01.2021“ vom Stadtrat mit 29 Nein-Stimmen und einer Ja-Stimme abgelehnt aufgrund der nicht vorliegenden Jahresrechnung 2020.

Es wurde vereinbart, bis zum Mai 2021 diese Jahresrechnung nachzureichen, um auf der Grundlage gesicherter Zahlen und Ergebnisse erneut über eine Tarifanpassung zu beraten und zu beschließen. Der Beschluss des Stadtrates beinhaltet die folgenden drei wichtigsten Voraussetzungen:

Ablehnung der Tariferhöhung und erneute Beratung Mitte des Jahres

- bei Vorlage der Jahresrechnung 2020
- der Prüfung noch einzureichender Anträge auf Ausgleichszahlungen durch das Land
- eine im fortzuschreibenden NVP erkennbare Notwendigkeit der Tariferhöhung

(Weitere zahlreiche Argumente der Ablehnung sind im Protokoll des Stadtrates vom 16.02.21 aufgelistet.)

Die Dringlichkeit ist weiterhin geboten, da der Verwaltungsrat der VUW den Beschluss fasste, die Tarife, wie vom Kreistag im Dezember 2020 beschlossen, für den Regionalverkehr zu erhöhen.

Verwaltungsratsmitglieder äußerten dazu u. a.:

Eine Differenzierung der Preise zwischen Stadt- und Kreisverkehr ist kaum vorstellbar und kontraproduktiv.

Diesen Argumenten kann nichts entgegengesetzt werden, vor allem, da die VUW gegründet wurde, um ein einheitliches Vorgehen zu garantieren.

Die Oberbürgermeisterin versicherte in der VR-Sitzung, nochmals mit den Fraktionsvorsitzenden zu reden und je nach deren Reaktion die Beschlussfassung erneut vorzulegen.

Eine „Reaktion“/einen Beschluss in der Sache kann es aber nur geben, wenn die Voraussetzung „Vorlage der Jahresrechnung 2020“, wie vom Stadtrat gefordert, für eine Beschlussfassung gegeben ist.

Eine zeitnahe Beratung ist ebenfalls notwendig, da sich zeigte, dass es noch erhebliche Nachzahlungen an die OHG's geben wird und der Haushalt nicht, wie im Januar gesagt, eine „schwarze Null“ aufweist.

Frau Gisela Rexrodt
Vorsitzende der FDP-Stadtratsfraktion

Frau Karin May
Vorsitzende der DIE LINKE-Stadtratsfraktion